

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der SPD

Aktuelle Stunde

Thema: „Stetig steigendes Ausmaß der Gewalt gegen Frauen endlich stoppen!“

Begründung: Am 3. Dezember wurde der erste periodische Bericht „Monitor Gewalt gegen Frauen“ durch das Deutsche Institut für Menschenrechte vorgestellt. Das Fazit, so die Direktorin Beate Rudolf, ist trotz einiger Fortschritte alarmierend. So heißt es, dass sechs Jahre nach Inkrafttreten der Istanbul-Konvention in Deutschland immer noch eine nationale Gesamtstrategie, flächendeckende verbindliche Standards und notwendige Ressourcen fehlen, um das Recht aller Frauen und Mädchen auf ein gewaltfreies Leben umzusetzen. Nicht zuletzt mangelt es an Verständnis für die strukturellen Dimensionen geschlechtsspezifischer Gewalt. Der Bericht enthält u.a. eine vergleichende strukturierte Inhaltsanalyse des Bremer Landesaktionsplans, hebt dabei z.B. den bremischen Betroffenenbeirat als „Promising Practice“ hervor und lobt die detaillierten und umfangreichen Maßnahmenbeschreibungen. Insgesamt zeigt sich jedoch deutlich, dass überall in Deutschland Gewalt gegen Mädchen und Frauen tief in der Gesellschaft verankert ist und hier allergrößter Handlungsbedarf besteht, zumal dies in unserer Verfassung verbrieft ist. Kürzlich hatte die Bundesregierung am 27. November den Entwurf eines Gewalthilfegesetzes beschlossen. Das Gesetz bedarf der Zustimmung der Länder im Bundesrat und sollte noch vor der Neuwahl des Bundestags im Februar beschlossen werden.“

Michael Labetzke, Dr. Henrike Müller
und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Cindi Tuncel, Nelson Janßen, Sofia Leonidakis
und Fraktion DIE LINKE

Selin Arpaz, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD